



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Berthold RÜth, Tobias Reiß, Gudrun Brendel-Fischer, Max Gibis, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Alexander König, Manfred Ländner, Helmut Radlmeier, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Josef Zellmeier CSU

Kommunen unterstützen – Fortführung der finanziellen Unterstützung der Kommunen durch den Bund!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die finanzielle Förderung kommunaler Maßnahmen im Bereich Sport, Jugend und Kultur nicht abgebaut wird.

Begründung:

Im Freistaat gibt es mehr als 2 000 Kommunen. Diese stellen das Rückgrat der bayerischen Verwaltung dar und sichern den Erhalt der Lebensqualität in Bayern. Dies schaffen sie unter anderem durch die flächendeckende Sicherstellung von Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Gerade die Einrichtungen des Sports tragen die Voraussetzungen in sich, die psychosoziale Stabilität und gesundheitliche Widerstandsfähigkeit sowie den sozialen Zusammenhalt und Zufriedenheit in der Bevölkerung zu stärken. Dies wurde in der Zeit coronabedingter Einschränkungen besonders deutlich.

Damit dies auch in Zukunft möglich ist, müssen geeignete Einrichtungen vorhanden und in Betrieb sein. Durch die aktuelle Energiekrise treten neue Herausforderungen für die Betreiber bestehender kommunaler Einrichtungen in den Vordergrund, die zukünftig eine noch stärkere Abkehr von fossilen Energieträgern und eine noch intensivere Nutzung von regenerativen Energien und damit finanzielle Investitionen notwendig machen. Der finanzielle Bedarf ist daher im Vergleich zu den letzten Jahren weiter gestiegen.

Die bayern- und bundesweite Versorgungsstruktur wird durch die von der Bundesregierung angekündigte Beschränkung der bereits zugesagten Unterstützungsmittel des Bundes gefährdet. Bürgerinnen und Bürger haben ebenso wie die Kommunen auf die Versprechen der Bundesregierung vertraut, die nunmehr die Mittel einschränken und nicht wie angekündigt weiter ausbauen möchte.